Berliner 📆 Tageblatt

Nr. 209

ragen

on so ragen

einen

Form.

ltbarelegt.

nen breit nnt-

iert. kauf achr

lern mer.

Berlin

hefredakteur Theodor Wolff to Berlin.

und Handels-Zeitung

Sonnabend, 4. Mai 1929

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin

Voraussichtlich morgen Aufhebung des Verkehrs- und Lichtverbots.

HEUTE VORMITTAG RUHE.

Neue Absperrungsmassnahmen der Polizei.

Nach den erneuten Zwischenfällen von gestern abend ist der heutige Vormittag völlig ruhig verlaufen. Gegen fünf Uhr margens wurden die Absperrungsmassnahmen der Polizei teilweise aufgehoben, so dass Passanten wieder gegen entsprechende Legitimation das abgesperrte Gebiet betreten oder verlassen konnten. Die Polizei hält zwar noch immer die in Frage kommenden Strassen unter strenger Bewachung, doch hat sie sich nach den überaus scharfen Attacken des gestrigen Tages, bei denen leider Wieder Unbeteiligte getötet worden sind, etwas unsichtbarer gemacht, offenbar in dem Bestreben, allmählich wieder normale Zustände eintreten zu lassen. Tatsächlich hatten diese Massnahmen zuerst zur Folge, dass die Atmosphäre heute vormittag wesentlich ruhiger war als gestern; zu Ansammlungen ist es nirgends gekommen und nur vereinzelt kam es zu kleinen aber unbedeutenden Geplänkeln. Als gegen 1 Uhr piotzlich wieder neue Hundertschatten be-

Als gegen 1 Ubr plötzlich wieder neue Hundertschaften be-waffnet anrückten und alles auseinandertrieben, was sich in den Weg stellte, wuchs die Erregung unter der Bevölkerung, zumäl da nirgends aus der Zivilbevölkerung heraus Anstalten gemacht wurden, sich gegen die Polizei aufzulehnen.

Die Hermannstrasse, wo sie von der Zietenstrasse durchschnitten wird, wurde wiederum durch ein starkes Polizeiautgebet abgeriegelt. Man kann die Hermannstrasse nur passieren,
wenn man dort wohnt, und wird nach Prüfung der Legitimationspapiere von Schupobeamien zur Wohnung gebracht. Warum die
Strassen wiederum so stark abgeriegelt sind, und warum sich in
den abgesperrten Strassen wiederum ein so starkes Polizeiaufgebot bewegt, ist den Einwohnern dieser Gegend unverständlich.
Jedenfalls war bis mittag weder die geringste Unruhe noch ein
Zwischenfall oder ein Gewehrschuss gegen die Polizei zu verzeichnen. Jetzt aber versammeln sich vor den abgeriegelten
Strassen wiederum zahliose Neuglerige, die von der Schupo
dauernd zum Weitergehen autgefordert werden. Auf Grund
dieser Ansammlungen, die infolge des Polizeiautgebots immer
wieder entstehen, besieht leider die Möglichkeit neuer Zwischenfälle.

wieder entstehen, besteht leider une begegen.

Nach amtlichen Feststallungen beträgt die Zahl der Toten seit dem 1. Mai 22. die Zahl der Verleitzten ist auf über 100, darunter 29 Schwervesletzte, gestiegen. Unter den Toten befindet sich auch ein ausländischer Journallst, der in Ausübung seines Berufes erschoesen wurde.

Wie wir hören, plant der Polizeipräsident, das Verkehrs- und Lichtwerbot im Laufe des morgigen Tages aufzuheben, falls die Atmosphäre sich bessern sollte.

(Ausführliche Berichte im 1. Beiblatt.)

Pariser Einigungsversuche.

Die Frage der Gewinne der Reparationsbank.

(Telegramm unseres Senderkorrespondenten.)

Heute vormittag werden die Besprechungen zwischen Dr. Schacht und Owen D. Young, an denen auch fran-zösische und englische Sachverständige teilnehmen, fortgesetzt werden. Aber man ist sich noch immer im unklaren, ob die Unterhandlungen zu einem Erfolg führen werden oder nicht. Manches spricht dafür, vieles da-

gegen.

Wenn man der französischen Presse glauben dart, so wäre die einzige Grundlage für eine Verständigung auch jetzt noch das bekannte Memorandum der Gläubiger, dessen Forderungen siechstens in einigen nebensächlichen Punkten herabgesetzt werden könnten. Dass eine solche Einigungsbasis für Deutschland niebt im Frage kommen kann, bedarf keiner Begründung mehr. Nun fragt es sich, auf welcher Grundlage die gegenwärtigen Besprechungen geführt werden. Offenbar handelt es sich um den bekannten amerikanischen Kompromissvorschlag, dem Dr. Schacht sich grundsätzlich sehr weit angenähert zu haben scheint, wobei aber das deutsche Entgegenkommen offenbar auf der Hypothese entsprechender Zugeständnisse der Gegenseite berutkt.

Die Pariser Blätter lassen keinen Zweifel daran, dass es

gusserst schwierig, wenn nicht sogar unmöglich sein wird, von
den Gläubigern weitere Zugeständnisse zu erhalten. Vor allem
Belgien scheint fedes Entgegenkommen zu verweigern. Es besteht kein Zweifel daran, dass es sich bei dem Verhalten der
Gläubigersachverständigen viel weniger darum handelt, dass
is weitere Zugeständnisse etwa nicht für notwendig und
wünschenswort halten als um die Befürchtung, dass eine
weitere Herabestzung der Zilfern von ihren Regierungen nicht
gutgeheissen werden wirde.

Ein besonders wichtiges Diskussionsthema ist zurzeit die vermutliche Rentabilität der von den Sachverständigen vor-gesehenen Reparationsbank.

gesennen Reparatonsbank.

Man ist sich offenbar darüber einig, dass die Gewinne der Bank zur teilweisen Deckung der Differenz zwischen Schuldnerangebot und Gläubigerdorderung diesen sollen. Es handelt sich nun darum, ob Deutschland oder die Gläubiger das Risiko aut sich nehmen wollen, das in der Vorauseinschutzung dieser Gewinne liegt. Wenn Deutschland in der Erwartung hoher Bankgewinne, die ihm auf Reparationskonte zugute kommen würden, soine Reparationsverber zugute kommen würden, soine Reparationsverber Leistungsfähigkeit entspricht, so läuft es das Risiko, in Schwierigkeiten zu geraten, talla die Bankgewinne nicht den heutigen Spekulationen entsprechen. Fälls

andererseits die Gläubiger die Bankgewinne für sich in Anspruch nehmen und daraufnin füre Forderungen an Deutschlanden herbetzen, es besteht für sie die Gefahr, dass unter Umständen ihr Bedarf für die Zahlung der Kriegssechulden an Amerika sowie für die "eigentlichen Reparationen" nicht voll gedeekt werden könnte. Die Anhaltspunkte für die Einschätzung der Gewinne der Reparationsbank liegen jedoch sämtlich auf dem Gebiete wirtschäftlicher Metaphysik. Die Umsätze der Bank, die allerdings im ginnstigsten Falle ein Clearing-bouse für den internationalen Devisenverkehr werden könnte, lassen sich von niemand mit Sicherheit voraussehen, ebenso wie die Gewinne, die sie aus Finanzierungsgeschätten zu ziehen vermag. Es bleibt also nur die Höhe ihres Aktienkspitals als Benteilungsgrundinge übrig. Man hat es im Vorschlag der Sachverständigen auf eine Milliarde Mark festgelegt. Der Mindesigswinn kam also auf Grund allgemeiner Erfahrungen auf etwa 100 Millionen geschätzt werden. Wenn man aber bedenkt, dass die jetzt zur Verhandlung stehenden Projekte einer Reparationstregelung der Gewinne der Bank zur Erhöhung der deutschen Zahlungen erst nach Ablauf ven sehn Jahren bedürfen, während sie in dieser Zeit zur Reserveilung unt werden. Wenn der Benk über ihre eigenen Kapitalien hinaus fortdauernd grosse Kredie der Noteninstitute und der Regierungen zur Verfügung stehen werden, so erscheint die Höffung durchaus berechtigt, dass die Gewinne im Laufe der Zeit wesentlich steigen werden. Die gegenwärtige Differenz zwischen Zahlungsangebot und Gläubigerforderung scheint nicht mehr so gross zu sein, dass man ihre Übeberfürkung mit Hille der Bankeverdienste nicht für möglich halten könnte. Vielleicht wird doch noch die einzig wirkliche dee, die dee Kentlerenz zutage ge-Gordert hat, nämlich die Reparationsbank, zu ihrer Retung.

duch in der Frage des Transferschutzes, die heute wie am ersten Tage im Mittelpunkt der Diakussion steht, wäre alle Hoffnung auf Einigung in letzter Stunde aufrugeben, wenn das Projekt der Roparationsbauk nicht wäre. Aber wenn sie auch Deutschland bei der Verfeidigung seiner Währung gegen die Polgen ungeheuer grossers Reparationsbauk networkel. Hille leisten kann, so darf man sich doch nicht mit der Argumentation Youngs begnügen, nach der diese Hille ausreichen würde, um jede Sörge für ausserst vorschlüge Festschung der transferfrei zu überweisenden Zahlungen gegenstandelos zu machen. Denn auch in dieser Hinscht lässt eich über die Leistungsfähigkeit der Bank noch nichts Gewisses voraussagen.

Einige Pariser Blätter melden, dass Dr. Schacht das Wochenende an der Loire verbringen wolle. Wie wir erfahren, wird Dr. Schacht jedoch am Sonntag in Paris bleiben,

Die notwendigste aller Reformen.

Die Missstände in der Arbeitslosen-Fürsorge.

Paul Steinborn.

Es hat wohl kaum jemals eine Debatte gegeben, an der alle Kreise der Bevölkerung mittelbar oder unmittelbar so stark interessiert gewesen sind wie jetzt an der Erörterung über die Notwendigkeit einer Reform der Arbeitslosenversicherung. Das geht bis in den cinzelnen Haushalt hinein, in welchem man immer wieder die Beobachtung machen kann, dass gingestellte Arbeitskrätte die gegebene Arbeitsmöglichkeit nur solange ausnützen, bis wieder die sekönere Möglichkeit gefahrlosen Unterstützungsbezuges gewährleistet ist. Das Wort "Stempeln" ruft heute ganz allgemein und ohne weiteres die Vorstellung einer gern und vielfach geübten, obschon vom Hauch ebenso vielfältiger Unrechtmässigkeit unmittertei Handlung hervor, und darauf ist es zurückzuführen, dass bereits seit geraumer Zeit von den verschiedensten Seiten eine Aenderung der bestehenden Bestimmungen gefordert wird.

eine Aenderung der bestehenden Bestummungen gelordert wird.

Den neuesten Beitrag zu dieser Diskussion bildet jetzt die Denkschrift der Arbeitgeberverbände, die eine Reihe positiver und eingehend begründeter Vorschläge mit dem Ziele einer Ersparnis von mindestens 400 Millionen und der Beseitigung der (im Hinblick auf die finanzielle und wirtschaftliche Lage des Reiches unerträglichen) Zuschusspraxis zugunsten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittung und Arbeitslosenversicherung enthält. Die Arbeitgeber gehen davon uns, diese das Risiks der Arbeitslosigkeit nicht mit den Risiken anderer Versicherungszweige zu vergleichen sei, und dass die grossen Fehlerquellen des Gesetzes die sofortige Verstopfung notwendig machen. Gerade wenn man das Versicherungswerk als solches über die gegenwärtigen Schwierigkeiten hinwegbringen wolle, müsse man die Reichsanstalt instand setzen, ohne Zuschüsse auszukommen. Aus diesen Gründen wird, um es kurz zusammenzufassen, vorgeschlygen, die Zahl der Versicherten durch Herausnahme der Saison- und Helmarbeiter erheblich herabzusetzen, die Unterstützungsätze, die genereil unberührt sein sollen, lokal zu vermindern, an den Bezug der Unterstützung die Bedingung eines qualifizierten Bedürftigkeitsnechweises zu knüpfen und Sicherungen gegen böswillige Arbeitsverweigerung zu schaffen. Es kommen noch verschiedene andere Forderungen hinzu, die zusammen mit den angeführten in der Tat die Gewähr dafür bieten würden, dass bei ihrer Durchführung die angegebene Ersparnis von 400 Millionen zu erzielen wäre.

zu erzielen wäre.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass die Denkschrift der Arbeitgeber im weiteren Verlauf der Debatte über das zugrunde liegende Problem eine Rolle spielen wird. Es finden sich ohne Frage in ihr Anregungen, die auch von anderer Seite sehon gemacht worden sind, und gegen die aus den verschiedensten Gründen wenig eingewendet werden kann. Wenn die Denkschrift zum Beispiel anführen kann, dass eine Spruchkammer einen arbeitswilligen Unterstützungsempfänger als arbeitsbes im Sinne des Gesetzes bezeichnen musste, obwohl er neben seiner Arbeitsstelle ein Kolonialwarengeschäft betreibt, dann wird man, die Richtigkeit des Vorgangs vorausgesetzt, die Läckenhaftigkeit der bestehenden Bestimmungen nicht gut leugnen können. Wenn laut dem offiziellen Bericht verschiedener Arbeitsämter weitgehender Missbrauch der Versicherung festzustellen ist, dann dürfte die Notwendigkeit von Vorkehrungsmassnahmen nicht zu bestreifen sein.

sein.

Auch die Gewerkschaften haben wiederholt betont, dass sie die Beseitigung offenbarer und erwiesener Uebelstände wünschen und fördern werden. Allerdings scheinit man die Lage bei ihnen vorerst noch wesentlich anders zu beurteilen, als das bei den Arbeitigebern und in der Oeffentlichkeit der Fall ist. Man erklärt, dass die bisher angeführten Falle nicht entfernt ausreichen, um die Behauptung von der absoluten Unzulänglichkeit des Gesetzee zu begründen. Die Reichsanstalt habe die Arbeitgebör vergeblich um Material mit genauen, eine Nachprüfung ermöglichenden Angaben über den Ort des Vorganges gebeten. Die wenigen vorliegenden, zumeist aus der Presse entnommenen Fälle von Missbrauch seien zum grösseren Teil für die nähere Untersuchung ausgeschieden, weil diese näheren Ortsangaben fehlten und nicht zu erlangen waren. Die Vorschläge der Arbeitgeber würden, durchgeführt, von dem grössten Gesetzgebungswerk der Nachkriegszeit nur noch wenig übriglassen und